

## Analyse

### Die „Herrschaft der Großväter“

#### Human Rights Watch über Folter und Misshandlung in den russländischen Streitkräften

Eva Maria Hinterhuber, Berlin

In seinem historischen Gesellschaftsroman „Der stille Don“ beschreibt Michajl Scholochow die Situation in den Streitkräften des zaristischen Russlands. Er schildert eindringlich das Gewaltverhältnis, das zwischen den Jahrgängen der zum Wehrdienst eingezogenen Kosaken bestand. Auch für die Sowjetunion ist das Fortbestehen bzw. Wiederaufleben eines informellen Statussystems parallel zur offiziellen Kommandohierarchie belegt, in dem jüngere Wehrdienstleistende von dienstälteren Militärdienstleistenden gewaltsam unterdrückt, ausgenutzt und systematisch geschunden wurden. Die nach den Soldaten des zweiten Dienstjahres („Großväter“, russ. *dedy*) benannte „Herrschaft der Großväter“ (russ. *dedowschtschina*) ist auch mit dem Untergang des sowjetischen Imperiums nicht verschwunden, sondern besteht bis heute fort. Die ökonomische Krise im Zuge des Systemwechsels hat, im Gegenteil, noch zur Verschärfung des Problems beigetragen.

Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe in den Streitkräften der Russländischen Föderation sind das Thema eines kürzlich erschienenen Berichts der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“. Er basiert auf einer repräsentativen Befragung von Wehrdienstleistenden, deren Familienangehörigen, Beamten, Militärangehörigen, Juristen und NGO-Aktivisten, die zwischen 2002 und 2003 in sieben verschiedenen Regionen des Landes durchgeführt wurde. Das Ergebnis ist erschreckend: Zwar wird in dem Report die Angabe absoluter Zahlen vermieden, die Autoren gehen aber davon aus, dass jährlich Dutzende Wehrdienstleistende direkt aufgrund von Folter und Misshandlungen ihr Leben verlieren und Tausende der 400.000 pro Jahr einberufenen jungen Männer physische und psychische Schäden erleiden. Hunderte unternehmen Selbstmordversuche, Tausende fliehen aus ihren Einheiten.

Hintergrund ist die genannte „Herrschaft der Großväter“: Der Status innerhalb dieses informellen hierarchischen Systems ist wesentlich ausschlaggebend für die Situation des Wehrdienstleistenden als der offizielle militärische Rang. Die länger Dienenden verfügen faktisch über uneingeschränkte Macht über die nachrückenden Rekruten. So nehmen sie deren private Besitztümer, Essensrationen, sogar den Sold an sich und zwingen sie zur (meistens nächtlichen) Verrichtung

unangenehmer vorgeschriebener ebenso wie sinnentleerter, einzig auf Demütigung abzielender Aufgaben. Will ein kürzer Dienender sich den Anordnungen nicht bedingungslos unterwerfen oder vermag er sie nicht zu erfüllen, zieht dies grausame, manchmal auch kollektive Bestrafung nach sich. Das Spektrum an dokumentierten Misshandlungen reicht von Schlägen, häufig mit Gegenständen, über Verbrennungen, Strangulationen und das Einsperren in Unterdruckkammern bis hin zu verschiedensten Formen sexualisierter Gewalt.

Die Struktur der *dedowschtschina*, die offiziell mit dem verharmlosenden Terminus ‚vorschriftswidrige Beziehungen‘ bezeichnet wird, wird durch die russländische Praxis von jährlich zwei Einberufungsperioden vorgegeben: Bei einer Dienstzeit von zwei Jahren führt dies zur Entstehung von vier ihren Militärdienst parallel, aber zeitversetzt, ableistenden Soldatengenerationen, wodurch die Bildung von unterschiedlichen Statusgruppen gefördert wird. Indem sich die Unterdrückten mit der Aussicht aufrechterhalten, sich spätestens nach einem Jahr an den Nachrückenden schadlos zu halten, kann dieses innermilitärische Subsystem ein groteskes soziales Gleichgewicht suggerieren.

Neben dem zweijährigen, von einem ausgeprägten Kasernendasein gekennzeichneten Militärdienst tragen weitere Faktoren zum Bestehen des informellen Rangordnungssystems bei. So fehlt ein professionelles Korps von Unteroffizieren, stattdessen sind die Soldaten im zweiten Dienstjahr und damit die *dedy* selbst mit der Wahrung der Disziplin betraut. Vor allem mangelt es aufgrund der weitgehenden Abwesenheit der Offiziere nach Dienstschluss in den Kasernen an der wirksamen Kontrolle des Innendienstes. Dass die Offiziere und auch andere Gruppen wie das medizinische Personal bis hin zu Regierungskreisen die Vorfälle vielfach ignorieren oder sogar tolerieren, wird durch die weitverbreitete Auffassung begünstigt, die geschilderten Praktiken trügen zur Aufrechterhaltung und Festigung der innermilitärischen Disziplin bei. *Dedowschtschina* wird so zu einem unhinterfragten Bestandteil des Militärdienstes, der wiederum (nicht nur in Russland) von der Mehrheit der Bevölkerung als notwendiger Beitrag zur männlichen Sozialisation angesehen wird.

„Human Rights Watch“ nimmt in dem Bericht eine detaillierte Analyse völkerrechtlicher Bestimmungen,

aber auch der nationalen Gesetzgebung vor und kommt zu dem Schluss, dass die jeweils rechtliche Grundlage ausreicht, um die genannten Praktiken zu verfolgen. Dies scheitert jedoch an den realen Umständen, etwa daran, dass die Offiziere ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen oder die Vorfälle nicht an die Militärstaatsanwaltschaft weiterleiten, damit kein schlechtes Licht auf ihre Einheit fällt. So werden Straftaten im Rahmen der *dedowschtschina* bislang nur in Ausnahmefällen disziplinar- oder gar strafrechtlich verfolgt.

Der Bericht von „Human Rights Watch“ schließt jedoch nicht mit einer Aufzählung der Missstände, sondern gibt umfangreiche Vorschläge zur Verbesserung der innermilitärischen Situation. Dabei verbleibt er nicht, wie in Russland weit verbreitet, bei der Forderung nach der Professionalisierung der Streitkräfte (d.h. die Umwandlung in eine Berufsarmee). „Human Rights Watch“ beharrt vielmehr darauf, dass die Praxis der *dedowschtschina* auch unter dem – realistischeren – Szenario der Beibehaltung der Wehrpflicht erfolgreich bekämpft werden kann. Als ersten Schritt fordert die NGO ein öffentliches Eingeständnis des Problems auf

Seiten der Regierung, als zweiten eine Reihe von Präventionsmaßnahmen. Hierzu zählen das Training von Offizieren und die Verbesserung der Effektivität bestehender Beschwerdemechanismen sowie die Verbreitung eines ‚Best Practice-Modells‘. Der dritte Schritt besteht in der Verbesserung der Kontrollmechanismen, z.B. durch spezielle Beauftragte. Dies soll durch unabhängige Beobachter begleitet werden, denkbar wäre ein nationaler Ombudsmann für die Rechte der Wehrpflichtigen. Darüber hinaus wird die Einführung eines professionellen Korps von Unteroffizieren angeregt.

Wenn schon die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen durch die russländische Regierung in näherer Zukunft wenig wahrscheinlich ist, so steht zu befürchten, dass der Appell von „Human Rights Watch“ an die internationale Gemeinschaft folgenlos bleiben wird: Angesichts des lauten Schweigens nicht zuletzt der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf den Tschetschenienkrieg wird der Forderung, die Abschaffung der *dedowschtschina* ins Zentrum des Dialogs mit Russland zu stellen, leider kaum entsprochen werden.

Über die Autorin:

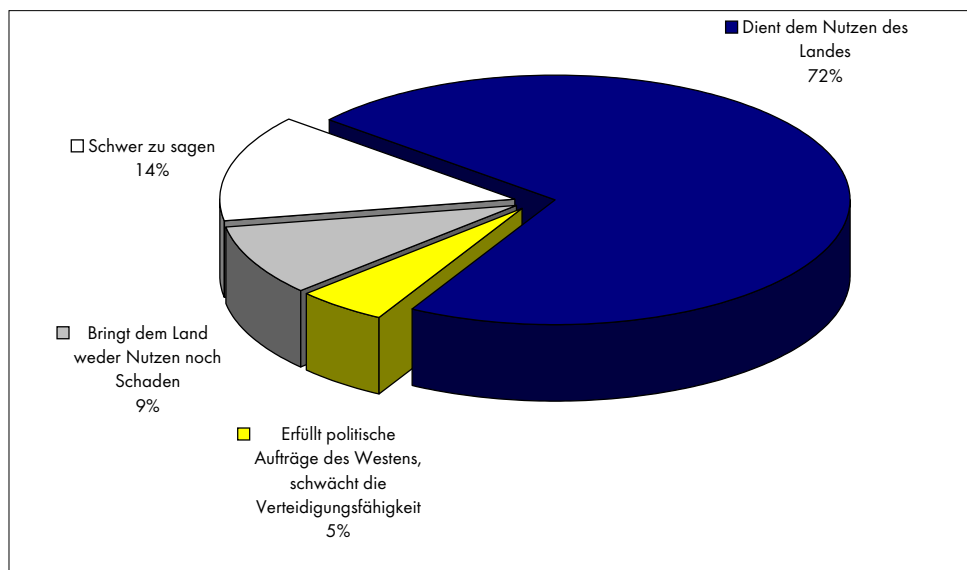
Dip.-Pol. Eva Maria Hinterhuber ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und Promovendin an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich Gender Studies, Dritter-Sektor-Forschung und Transformationsforschung.

Lesetipp

Human Rights Watch: The Wrongs of Passage: Inhuman and Degrading Treatment of New Recruits in the Russian Armed Forces. October 2004 Vol. 16, No. 8(D) <<http://www.hrw.org/reports/2004/russia1004/russia1004.pdf>>

### Die russische öffentliche Meinung zu den Soldatenmüttern

Die bekannteste Organisation, die sich für die Rechte der Wehrdienstleistenden einsetzt, sind die Soldatenmütter. Sie wurden in der Russlandanalyse Nr. 36 portraitiert.



Quelle: Umfrage des Lewadazentrums, 24.–27. Oktober 2004, <http://www.levada.ru./press/2004110401.html>